

Ratspolitikern geht es nicht ums Geld

KOMMUNALES Die Ehrenamtskommission des Landtags hat eine Studie in Auftrag gegeben - Das Fazit: Ratsmitglieder sind fleißig, selten weiblich und finden ihre Gremien oft zu unübersichtlich



Im Kölner Stadtrat entscheiden 90 ehrenamtliche Politiker und die Oberbürgermeisterin über vier Milliarden Euro im Jahr. Foto: Worrting

VON BARBARA A. CEPIELIK

Düsseldorf. Kommunalpolitiker haben kein strahlendes Image. Sie brauchen zudem viel Sitzfleisch, großes Detailwissen - und stehen selten im Rampenlicht, wenn sie denn nicht Fraktionsvorsitzende sind, und sie müssen für jede Bürgerkritik den Kopf hinhalten. Wenig Wertschätzung für viel Arbeit. Zudem bringt eine Studie jetzt ans Licht, wie die Damen und Herren Kommunalpolitiker in Nordrhein-Westfalen tatsächlich gestrickt sind. Es kommt Erstaunliches zutage. Die meisten ehrenamtlichen Mandatsträger nutzen beispielsweise weder die bestehenden Freistellungsregelungen noch machen sie Verdienstaussfall geltend, sie arbeiten oft also rein ehrenamtlich in ihrer Freizeit. Übrigens ist Kommunalpolitik immer noch Männersache, die 30-Prozent-Marke für Politikerinnen wird selten überschritten.

Das geht aus einem wissenschaftlichen Gutachten für den Landtag hervor, das gestern öffentlich wurde. In Auftrag gegeben hatte das Papier die Ehrenamtskommission des Parlamentes. Über den (hohen) Beamtenanteil in den Räten macht die Studie keine Angaben.

Verdienstaussfall

Nur 15 Prozent aller Mandatsträger nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, Verdienstaussfälle zumindest teilweise auszugleichen. "Da bleibt dem Steuerzahler Einiges an Kosten erspart", bilanziert der Bochumer Sozialwissenschaftler Professor Jörg Bogumil in seinem Gutachten. Die Befragung von fast 2300 Freizeitpolitikern aus 44 NRW-Kommunen - eine der größten Befragungen dieser Art in Deutschland - widerlege das Vorurteil, "Mandatsträger würden sämtliche Vorteile oder Kompensationen ausnutzen".

Die Bezahlung

Die Höhe der Aufwandsentschädigungen ist gesetzlich festgelegt. Die Kommunen können wählen, ob sie eine Pauschale zahlen - oder eine Mischung aus Pauschale und Sitzungsgeld. Beispiele: Ein Ratsmitglied in einer Gemeinde mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern erhält eine monatliche Pauschale von 300,10 Euro, in einer Stadt von 50.000 bis 150 000 Bürgern bekommt er 400 Euro.

Wählt eine Kommune die Kombilösung, gilt beispielsweise bei 20 000 bis 50 000 Einwohnern 197,70 Monat als Pauschale zuzüglich 20,30 Euro pro Sitzung. Fraktionsvorsitzende und anderen Funktionsträger erhalten Zuschläge, Köln hat erst kürzlich weitere Verbesserungen beschlossen.

FREISTELLUNG

Weniger als die Hälfte der erwerbstätigen Räte nutzen Freistellungsregelungen in ihren Betrieben. Nur in Ausnahmefällen wird zudem laut Studie beklagt, dass Arbeitgeber die Freistellung für die Ratsarbeit verweigern. Allerdings berichten einige Kommunalpolitiker von subtilem Druck - auch aus dem Kollegenkreis.

Akademikeranteil

Immer mehr Ratsmitglieder sind Akademiker - ein Trend, der sich in den jüngeren Altersgruppen weiter verstärkt. Kein Wunder, wenn 50 bis 60 Prozent eines Jahrgangs studiert. Andere Berufsgruppen werden seltener. Schon jetzt haben Zweidrittel der Mandatsträger die Hochschulreife. Erheblich unterrepräsentiert sind Schüler, Studenten, Berufseinsteiger und Menschen zwischen 30 und 40 Jahren in der Phase des Lebens, in der man eine Familie gründet und sich beruflich etabliert.

Wenige Frauen

Der typische kommunale Mandatsträger ist älter als 55 Jahre, männlich und gebildet. Der Frauenanteil ist mit weniger als 30 Prozent in den Städten (26,7) und Kreisen (29,4) immer noch sehr gering. Die Kommunalpolitik lebe eigentlich davon, dass sich beide Geschlechter in den Räten ebenso repräsentiert sähen wie alle Alters- und Berufsgruppen, sagt Kommunalministerin Ina Scharrenbach (CDU). "Die Mischung macht's."

ZEITaufwand

70 Prozent der Mandatsträger sind berufstätig und opfern jede Menge Zeit fürs Amt. Der mittlere Aufwand wird in den Städten mit 32,5 Stunden/Monat angegeben - in den Kreisen mit 29,7 Stunden. Die meiste Zeit investieren mit 56,4 Stunden die Fraktionschefs in den großen Städten. Mehr als die Hälfte aller befragten Ratsmitglieder ist auch noch in Sportvereinen, Kirchen oder Verbänden ehrenamtlich tätig.

Kritik an Ratsgröße

Jeder dritte Mandatsträger in NRW hält seinen Rat oder Kreistag für zu groß - in den Großstädten sagen das sogar mehr als 50 Prozent. In Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern steige die Wahrscheinlichkeit, dass dort "der Informationsfluss tendenziell eingeschränkt und die Konsensfindung erschwert" werden, bilanziert Bogumil. Insgesamt engagieren sich in den 396 Kommunen in NRW rund 20 000 Männer und Frauen für ihre Städte, Gemeinden und Kreise. (mit dpa)